

ERNST RUDOLF HUBER

DEUTSCHE VERFASSUNGSGESCHICHTE

SEIT 1789

Band V

Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung

1914-1919

VERLAG W. KOHLHAMMER
STUTTGART BERLIN KÖLN MAINZ

j \ / y j . } ,

INHALTSVERZEICHNIS

A. Reich und Reichsverfassung im Ersten Weltkrieg

Kapitel I. Der Kriegsausbruch	3
<i>§ 1. Weltpolitik, Weltkrieg und Staatsverfassung.</i>	<i>3</i>
I. Nationale Verfassungsautonomie und internationaler Verfassungszusammenhang	3
II. Nationalstaatsgedanke, Industrialismus und Imperialismus.	5
III. Imperiales Weltstaatsystem und imperialer Krieg	7
IV. Die Verfassung als Wert und als Werkzeug	8
<i>§ 2. Kriegsausbruch und Kriegsverantwortung.</i>	<i>10</i>
I. Julikrise und Kriegsausbruch	12
II. Die Kriegsverantwortung	14
1. Die äußere Kriegsverantwortung	15
2. Die innere Kriegsverantwortung	16
III. Die Kriegsentscheidung im deutschen konstitutionellen System	18
1. Krisenpolitik und monarchische Exekutive.	18
2. Krisenpolitik und militärische Führung	19
3. Krisenpolitik und öffentliche Meinung	20

Inhaltsverzeichnis

§3. Die obersten Reichsorgane und die Kriegsentscheidung.	22
I. Die Entscheidung über „Kriegsgefahr“ und „Kriegszustand“.	22
1. Die Erklärung des Zustands drohender Kriegsgefahr.	22
2. Die Verhängung des Kriegszustands.	24
II. Bundesrat und Reichstag bei der Kriegsentscheidung.	25
1. Das Zustimmungsrecht des Bundesrats nach Art. 11 Abs. 1 der Reichsverfassung	25
2. Die Kriegsentscheidung und das Kreditermächtigungsrecht des Reichstags	26
III. Die deutsche Sozialdemokratie und die Kriegsentscheidung	27
1. Die Sozialdemokratie und der „nationale Verteidigungskrieg“ vor dem Kriegsausbruch	27
2. Die Reichsleitung und die sozialdemokratische Parteiführung Ende Juli 1914.	29
3. Die Vorentscheidung der deutschen Sozialdemokratie über die Kriegskreditermächtigung	31
IV. Die Reichstagssitzung vom 4. August 1914.	33
1. Die Vorbereitung der Reichstagssitzung.	33
2. Die einstimmige Annahme der Kriegsgesetze.	35
3. Die siebzehn Kriegsgesetze vom 4. August 1914.	37

Kapitel II. Die deutsche Kriegsverfassung 39

§ 4. Das Kriegszustandsrecht des Ersten Weltkriegs.	39
I. Die Verhängung des Kriegszustands.	40
1. Partieller oder totaler Kriegszustand ?.	40
2. Die Bekanntmachungen der Militärbefehlshaber vom 31. Juli 1914	41
II. Die Arten des Kriegszustands.	42
1. Der einfache Kriegszustand.	42
2. Der verschärfte Kriegszustand	43
3. Die Rechtsfolge der Grundrechts-Suspension.	44
4. Die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte.	45
III. Die Vollzugsmaßnahmen des Kriegszustandsrechts.	45
1. Die Verfügungs- und die Verordnungsgewalt der Militärbefehlshaber	45
2. Die strafrechtliche Ahndung von Verstößen gegen die Anordnungen der Militärbefehlshaber.	47
3. Das strafgerichtliche Verfahren im Kriegszustandsrecht.	47

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Einsetzung des Obermilitärbefehlshabers (1916).	49
1. Der militärrechtliche „Partikularismus“ des deutschen Kriegszustandssystems.	49
2. Das Amt des Obermilitärbefehlshabers.	51
3. Der Ausbau der Amtsbefugnisse des Obermilitärbefehlshabers (Okttober 1918).	52
V. Der Kampf um die Handhabung des Kriegszustandsrechts.	53
1. Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkung	53
2. Die Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit	55
3. Die Pressezensur.	56
a) Das Zensurrecht.	56
b) Die Zensurbehörden.	57
c) Das Kriegspresseamt und die weiteren zentralen Pressestellen	58
d) Das Presseamt der Reichskanzlei.	59
e) Wandlungen der Pressepolitik.	60
4. Die Briefzensur.	61
§ 5. <i>Das Kriegs-Ermächtigungsrecht.</i>	62
I. Das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914.	62
1. Die epochale Bedeutung des Kriegs-Ermächtigungsgesetzes.	62
2. Die Delegation der Gesetzgebungsmacht - ein Akt der Verfassungsdurchbrechung.	64
3. Die Delegation der Gesetzgebungsmacht - ein Fall der „kommissarischen Diktatur“.	65
II. Die Schranken der Ermächtigungsgesetzgebung.	67
1. Die sachliche Begrenzung der Bundesrats-Vollmacht zur delegierten Gesetzgebung.	67
2. Die Reichstags-Kontrolle gegenüber dem Bundesrat.	68
III. Die Praxis der Kriegsnotgesetzgebung des Bundesrats.	69
1. Maßnahmen des Bewirtschaftungsrechts.	69
2. Maßnahmen des Währungs- und Finanzrechts.	70
3. Maßnahmen des allgemeinen Zivilrechts.	71
4. Maßnahmen des Arbeitsrechts und Sozialrechts.	71
5. Maßnahmen des Gerichtsverfahrensrechts.	71
§ 6. <i>Die Kriegswirtschaft.</i>	73
I. Vom Staatssozialismus der Friedenswirtschaft zum „Kriegssozialismus“	74
1. Die Krise der Wirtschaft bei Kriegsausbruch.	74
2. Die Idee des Kriegssozialismus.	76
3. Die Grundformen des Kriegssozialismus.	77

Inhaltsverzeichnis

II. Die Kriegs-Organisation der Ernährungswirtschaft	79
1. Das Kriegsernährungsamt	79
2. Reich und Länder in der Ernährungsverwaltung.	81
3. Der Beirat des Reichstags für Volksernährung.	82
4. Die Kriegsgesellschaften, Reichsstellen und Reichskommissare.	82
5. Rechtsnatur und verfassungspolitische Funktion der Träger der Kriegs-Ernährungsverwaltung.	84
III. Die Kriegs-Organisation der Rüstungswirtschaft	85
1. Staatliche Leitung und privatwirtschaftlicher Vollzug der Rüstungsaufgaben.	85
2. Die Kriegsrohstoffabteilung (1914).	86
3. Das Kriegsamt (1916).	88
4. Die rüstungswirtschaftlichen Vollzugsbehörden: Militärbefehlshaber, Kriegsamtstellen und Kriegsamtnebenstellen.	91
IV. Die Energiewirtschaft.	93
1. Die Kohlensyndikate in der Kriegswirtschaft	93
2. Der Reichskohlenkommissar.	94
§ 7. „Kriegssozialismus“ und Sozialstaat.	95
I. Der Ausbau der Koalitionsfreiheit	95
1. Die Stellung der Gewerkschaften seit Kriegsausbruch	95
2. Die Festigung der Koalitionsfreiheit durch das Gesetz vom 26. Juni 1916.	97
3. Der Abbau der gewerberechtlichen Schranken der Koalitionsfreiheit	99
II. Das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916.	101
1. Die Vorbereitung des Hilfsdienstgesetzes.	101
2. Die Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes.	103
3. Die Grundbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes.	106
a) Die gesetzliche Arbeitspflicht in Hilfsdiensteinrichtungen	106
b) Die Heranziehung zum Hilfsdienst.	107
c) Die obligatorischen Arbeitnehmer-Ausschüsse und die Einigungs- und Schlichtungsstellen	107
III. Die Gewerkschaften unter dem Hilfsdienstgesetz	108
1. Das Hilfsdienstgesetz und das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer	108
2. Das Hilfsdienstgesetz und die Integration der Gewerkschaften in die Staatsverfassung	110
3. Die Gewerkschaften und die Fortsetzung der „Politik des 4. August“	111
4. Die Gewerkschaften und die Streikbewegung des April 1917.	112
5. Strafmaßnahmen und andere Maßregelungen nach dem Aprilstreik 1917	113
6. Die Entwicklung des Mitgliederstands der Gewerkschaften während des Kriegs.	115

Kapitel III. Burgfrieden und innere Neuorientierung 1914—17 116

§ 8. Die Neuorientierungspolitik des Kabinetts Bethmann Hollweg 116

I. Kriegausbruch und Burgfriedensbereitschaft	117
1. Die Burgfriedensparole: „Keine Parteien, nur Deutsche!“	117
2. Sozialdemokratie und Gewerkschaften in der „nationalen Einheitsfront“	117
II. Probleme der Burgfriedenspolitik	119
1. Burgfrieden, Reichstag und Reichstagsparteien	119
2. Die Burgfriedenspolitik und die Sozialdemokratie	122
3. Die Burgfriedenspolitik und die äußerste Rechte	124
III. Ziel und Programm der Neuorientierung	125
1. Die Neuorientierung und die „Politik der Diagonale“	125
2. Die Hauptpunkte der Neuorientierung: Verfassungspolitische, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Reformen	127
3. Die Aussichten der Bethmann Hollweg'schen Reformpolitik	128

§9. Die Krisen der Neuorientierungspolitik 129

I. Die Auseinandersetzungen um die Neuorientierung 1914—16	129
1. Die sozialdemokratischen Reformvorstöße 1914-15.	129
2. Der Konflikt um die Neuorientierung im preußischen Staatsministerium und der Ämterwechsel vom 22. Mai 1916	131
3. Die Neuorientierungsdebatte des Reichstags im September/Oktober 1916	133
II. Die Neuorientierungsfrage Anfang 1917.	135
1. Die Neuorientierungsdebatte des Reichstags im Februar/März 1917	135
2. Die Neuorientierungsdebatten des preußischen Herrenhauses und Abgeordnetenhauses (März 1917).	137
III. Die russische Februar-Revolution und die deutsche Verfassungspolitik	139
1. Der Sturz des Zarentums	139
2. Die Wirkung der russischen Februarrevolution auf die deutsche innere Lage	139
IV. Der Verfassungsausschuß des Reichstags	140
1. Die Neuorientierungsdebatten Ende März 1917.	140
2. Die Einsetzung, Zusammensetzung und Tätigkeit des Verfassungsausschusses	143
3. Das Reformprogramm des Verfassungsausschusses	145

Inhaltsverzeichnis

4. Die Reichstagsdebatte über das Reformprogramm (15./16. Mai 1917) . . .	147
a) Scheidemanns „Drohung mit der Revolution“.	147
b) Die Debatte über die Parlamentarisierung der Regierungsgewalt . . .	148
c) Die Debatte über die parlamentarische Kontrolle der Kommandogewalt	149
d) Die Resolution über das Reichstagswahlrecht	150
§ 10. Die Neuorientierung und die preußische Wahlrechtsfrage.	151
I. Die Wahlrechtsfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1915/16	152
1. Wege zur Wahlrechtsreform.	152
2. Die ersten Wahlrechtsdebatten (März 1915/Januar 1916).	153
3. Fideikommißgesetz und Wahlrechtsreform.	154
II. Die „Osterbotschaft“ Kaiser Wilhelms II. (7. April 1917).	154
1. Die Entstehung der Osterbotschaft	154
2. Der Inhalt der Osterbotschaft	156
III. Die Wahlrechtsfrage in der Endphase der Ära Bethmann Hollweg. . . .	157
1. Der Wahlrechtskompromiß der vier großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses.	157
2. Der Loebellsche Wahlgesetzentwurf.	159
3. Die Wahlrechtsfrage und die öffentliche Meinung.	160
§ 11. Die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie.	161
I. Der Kampf um die sozialdemokratische „Neuorientierung“ 1914/15 . . .	164
1. Die „Kriegspolitik“ der Sozialdemokratie.	164
2. Die innerparteiliche Opposition des linken Flügels.	166
3. Die Kriegskreditverweigerung der Gruppe Liebknecht—Rühle. . . .	167
4. Die Kriegskreditverweigerung der Gruppe Haase.	168
II. Die Formierung der äußersten Linken 1914/15.	170
1. Die „Gruppe Internationale“ und andere linksradikale Organisationen .	170
2. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“.	174
3. Staatliche Maßnahmen gegen die äußerste Linke.	175
III. Die deutsche Linke und die Zimmerwalder Bewegung.	177
1. Die Zimmerwalder Konferenz.	177
2. Das Zimmerwalder Manifest	178

Inhaltsverzeichnis

§ 12. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie.	179
I. Die sozialistischen Richtungsgegensätze 1916/17.	179
1. Die Abspaltung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft	179
2. Die Entwicklung der „Gruppe Internationale“ zum Spartakus-Bund	181
II. Die Kampffaktionen des Linksradikalismus im April 1916.	182
1. Liebknechts Auftreten und Maßregelung im Reichstag (5.-8. April 1916).	182
2. Die Jenaer Jugend-Konferenz (23/24. April 1916).	183
3. Die Kienthaler Konferenz (24.-30. April 1916).	184
III. Die Mai-Demonstration 1916 und die Festnahme Liebknechts.	185
1. Der 1. Mai 1916.	185
2. Liebknechts Verurteilung durch das Kriegsgericht (28. Juni 1916)	186
IV. Die Spaltung der SPD (1916/17).	187
1. Die Sozialdemokratische Reichskonferenz (21.—23. September 1916)	187
2. Der Kampf um die sozialdemokratische Presse.	188
3. Die Reichskonferenz der Opposition (7. Januar 1917).	189
4. Die Gründung der USPD (6.-8. April 1917).	190
 Kapitel IV. Militärdiktatur, Kriegszielstreit und Friedensfrage 1914 — 17	 192
§ 13. Reichsleitung und Militärgewalt.	192
I. Primat der Politik oder Primat der Kriegsnotwendigkeiten?.	193
1. Konstitutionalismus und „Militärdiktatur“.	193
2. Der Kaiser und die Wahrung des „Primats der Politik“.	194
II. Die Kriegsverfassung und die Fortdauer der Spaltung der Militärgewalt	197
1. Das Große Hauptquartier.	197
2. Die Oberste Heeresleitung.	198
3. Der Kriegsminister.	200
a) Der Kriegsminister und die Oberste Heeresleitung	200
b) Der Kriegsminister und die Stellvertretenden Generalkommandos	200
c) Der Kriegsminister und der Reichstag	201
4. Das Militärkabinett	202
III. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung in der Ära Moltke.	203
1. Der Sieg der Präventivkriegsidee.	203
2. Der Machtanspruch der Obersten Heeresleitung nach Kriegsausbruch.	204

Inhaltsverzeichnis

IV. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung in der Ära Falkenhayn	204
1. Bethmann Hollweg und Falkenhayn.	204
2. Primat der Westfront oder der Ostfront?.	205
3. Deutsche Friedensversuche 1915.	207
4. Der Kampf um das „Oberkommando Ostfront“.	208
5. Die Einsetzung des erweiterten Oberkommandos Ostfront.	211
6. Falkenhayns Sturz	212
V. Das Reichskabinett Bethmann Hollweg und die dritte Oberste Heeresleitung	213
1. Hindenburg und Ludendorff an der Spitze der Obersten Heeresleitung	213
2. Eingriffe der dritten Obersten Heeresleitung in die innere und die auswärtige Politik.	214
 § 14. Der deutsche Kriegszielstreit 1914—17.	217
I. Die Kriegszielpolitik des Ersten Weltkriegs.	218
II. Die deutschen Kriegszielprogramme.	220
1. Das „Septemberprogramm“ Bethmann Hollwegs	220
2. Die annexionistische Bewegung.	222
a) Verhältnis der Regierungen und Parteien zur annexionistischen Bewegung	222
b) Das alldeutsche Kriegszielprogramm.	223
c) Das Erzbergersche Kriegszielprogramm.	223
d) Die Forderungen der Schwerindustrie.	224
3. Bethmann Hollwegs Politik der „realen Garantien“.	224
III. Die ersten parlamentarischen Kämpfe um die Kriegszielfrage 1914/15	225
1. Die Parteien und die Kriegszielfrage.	225
2. Die Reichstagsdebatten Dezember 1914 bis März 1915.	226
IV. Verbände und Gruppen im Kriegszielstreit	228
1. Petition und Denkschrift als Mittel der Kriegszielbewegung.	228
2. Die Eingaben der sechs Wirtschaftsverbände.	229
3. Die Denkschriften-Aktion des Generals Frh. v. Gayl.	230
4. Die Intellektuellen-Eingabe vom 8. Juli 1915.	231
5. Die Gegenaktion der „Gruppe Delbrück“.	231
V. Reichskanzler und Reichstag im Ringen um die Politik der „realen Garantien“.	232
1. Die Debatte vom 28/29. Mai 1915.	232
2. Die Debatte vom 9. Dezember 1915.	233
3. Die Präzisierung der „realen Garantien“ (5. April 1916).	234

Inhaltsverzeichnis

VI. Bethmann Hollweg im Kampf gegen die Kanzlerfronde	236
1. Der Gegenangriff des Reichskanzlers vom 5. Juni 1916	236
2. Der Deutsche Nationalausschuß	237
3. Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden	238
4. Die sozialdemokratische Friedenspetition	238
5. Die Freigabe der Kriegszieldiskussion	239
VII. Der deutsche Pazifismus 1914-17.	241
1. Die „Deutsche Friedensgesellschaft“, der „Bund Neues Vaterland“ und die „Zentralstelle Völkerrecht“.	241
2. Der Fall Lichnowsky und der Fall Muehlon	243
3. Der bürgerliche Pazifismus und die sozialistische Linke.	244
 § 15. Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916.	 244
I. Die Vorbereitung der Friedensaktion der Mittelmächte.	245
1. Die Friedensfrage im Reichstag im Herbst 1916	245
2. Die österreichisch-deutschen Verhandlungen über die Friedensbedingungen.	247
II. Die Friedensnote vom 12. Dezember 1916.	248
1. Die Bekanntgabe der Friedensnote im Reichstag.	248
2. Die Parteien und die Friedensnote.	249
3. Das Scheitern der Friedensaktion der Mittelmächte.	250
4. Das Scheitern des amerikanischen Friedensschritts.	251
III. Die deutsche Kriegszieldiskussion nach dem Scheitern des Friedensversuchs.	253
1. Die Agitation des „Unabhängigen Ausschusses“ (Januar 1917).	253
2. Die Kriegszielfrage vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (Januar/Februar 1917).	253
3. Die Kriegszielfrage vor dem Reichstag (Ende Februar 1917).	254
IV. Der Kampf gegen Bethmann Hollweg nach dem Scheitern des deutschen Friedensangebots.	255
1. Die Adlon-Konferenz (25. Februar 1917).	255
2. Die sozialdemokratische Friedensresolution (19. April 1917).	256
3. Der Kampf gegen den Reichskanzler nach der „Osterbotschaft“	257
 § 16. Der Kampf um den uneingeschränkten Unterseebootkrieg.	 258
I. Die Marineleitung im Ersten Weltkrieg.	259
II. Der Streit um den U-Boot-Handelskrieg in der Zeit der zweiten Obersten Heeresleitung	261

Inhaltsverzeichnis

1. Die deutsche Sperrgebietserklärung (4. Februar 1915).	261
2. Der Verzicht auf den warnungslosen U-Boot-Handelskrieg (6. Juni 1915).	264
3. Die „Revolte der Admirale“.	265
4. Die Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Handelskriegs (11. Februar 1916).	266
5. Der weitere Kampf um den „uneingeschränkten“ U-Boot-Handelskrieg	267
6. Der Sturz des Staatssekretärs v. Tirpitz (15. März 1916).	268
7. Die Reichstagsresolution für den uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg (6. April 1916).	269
8. Die Rückkehr zum prisenrechtlichen U-Boot-Handelskrieg (24. April 1916).	270
III. Die Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg	271
1. Die dritte Oberste Heeresleitung und die U-Boot-Frage im Herbst 1916	271
2. Der Reichstag und die U-Boot-Frage im Herbst 1916.	273
3. Die U-Boot-Frage nach dem Scheitern des deutschen Friedensangebots	274
4. Die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab im Angriff gegen den Reichskanzler.	275
5. Die Entscheidung des U-Boot-Konflikts im Großen Hauptquartier (9. Januar 1917).	276
6. Die Entscheidung vom 9. Januar 1917 und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.	278
§ 17. Der Kampf um die Friedensresolution des Reichstags.	279
I. Die österreichischen Sonderfriedensbemühungen	280
1. Das Kriegsziel-Programm der Mittelmächte vom März 1917.	280
2. Der Sixtus-Brief Kaiser Karls	281
3. Die Denkschrift Czernins (12. April 1917).	282
4. Das Scheitern der Sixtus-Vermittlung und das Kreuznacher Abkommen (17/18. Mai 1917).	282
II. Der Reichstag und die Parteien im Kampf um die Kriegszielfrage im Mai/Juni 1917.	284
1. Die Kriegsziel-Interpellationen im Reichstag (15. Mai 1917).	284
2. Die deutsche Sozialdemokratie und die Stockholmer Konferenz	287
III. Die Julikrise 1917.	288
1. Erzbergers politische Schwenkung	288
2. Der mehrheitssozialistische Widerstand gegen die neunte Kriegskreditvorlage.	289
3. Die Bemühungen um eine aktionsfähige Reichstagsmehrheit	290
4. Die Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags (3.—6. Juli 1917)	291
5. Die Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichstags (3.—6. Juli 1917)	292

Inhaltsverzeichnis

6. Die Konstituierung des Interfraktionellen Ausschusses der Mehrheitsparteien des Reichstags (6. Juli 1917).	293
7. Der Reichskanzler und die Friedensresolution.	295
8. Die ersten Entwürfe der Friedensresolution.	295
 § 18. <i>Der Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg.</i>	296
I. Bemühungen um die Überwindung der Kanzlerkrise.	296
1. Der Reichskanzler vor dem Hauptausschuß (7. Juli 1917).	296
2. Die Oberste Heeresleitung in der Julikrise.	297
II. Die Verflechtung der Friedens- und der Verfassungsfrage.	298
1. Der Konflikt zwischen den Mehrheitsparteien über die Friedensresolution.	298
2. Der Kronrat vom 9. Juli 1917 und die preußische Wahlrechtsfrage	300
3. Die Verhandlungen über die Friedensresolution im Interfraktionellen Ausschuß (10. Juli 1917).	301
4. Die Entscheidung des Kaisers in der preußischen Wahlrechtsfrage (10. Juli 1917).	302
5. Die Mehrheitssozialisten und die Parlamentarisierungsfrage.	303
6. Die Verfassungs- und die Friedensfrage am 11. Juli 1917.	304
7. Der Reformrerlaß des Kaisers vom 11. Juli 1917.	306
III. Der Kanzlersturz.	307
1. Die parlamentarische Kanzlerfronde, die Oberste Heeresleitung und der Kronprinz im Generalangriff gegen den Reichskanzler.	307
2. Die endgültige Fassung der Friedensresolution und das Veto des Reichskanzlers.	309
3. Die Demission Bethmann Hollwegs (13. Juli 1917).	310
 Kapitel V. Das Reichskabinett Michaelis	312
 § 19. <i>Das Kabinett Michaelis und der Fortgang des Kampfs um die Friedenspolitik.</i>	312
I. Konstitutionelles oder parlamentarisches Reichssystem?.	312
1. Das Kräftespiel beim Kanzlerwechsel.	312
2. Die Berufung von Michaelis.	313
3. Die Aufgabe des neuen Reichskanzlers.	315
II. Friedensresolution und Kriegskreditvorlage.	316
1. Die Friedensresolution nach dem Kanzlerwechsel.	316

Inhaltsverzeichnis

2. Inhalt und Bedeutung der Friedensresolution.	317
3. Die Friedensresolution vor dem Reichstag (19. Juli 1917).	319
4. Die Annahme des neunten Kriegskreditgesetzes (20. Juli 1917).	321
III. Die Regierungsumbildung im Reich und in Preußen.	322
1. Die Parlamentarisierungsfrage unter Michaelis.	322
2. Das Reichskabinett Michaelis.	323
3. Das preußische Staatsministerium Michaelis.	325
4. Übersicht über die Kabinettsbildung vom 5. August 1917.	326
IV. Spannungen innerhalb der Reichstagsmehrheit nach dem 19. Juli 1917.	327
1. Das Zentrum und die Friedensresolution.	327
2. Die Fortschrittliche Volkspartei und die Friedensresolution.	329
3. Die Mehrheitssozialisten und die Friedensresolution.	329
V. Die Neuformierung der außerparlamentarischen Verbände.	330
1. Die Deutsche Vaterlandspartei.	330
2. Gegenaktionen gegen die Vaterlandspartei.	333
3. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland.	334
 § 20. Das Kabinett Michaelis und die päpstliche Friedensaktion.....	335
I. Die Friedensnote Papst Benedikts XV.	335
1. Die Vorbereitung des päpstlichen Friedenschritts.	336
2. Die Vorverhandlungen Pacellis mit Bethmann Hollweg.	337
3. Die Verhandlungen Pacellis mit Michaelis.	338
4. Die päpstliche Friedensnote (1. August 1917).	339
II. Die Reichsleitung und die päpstliche Friedensaktion.	341
1. Die belgische Frage: Vorbedingung oder Gegenstand der Friedensverhandlungen?.	341
2. Das Schreiben Pacellis vom 30. August 1917.	343
III. Der Reichstag und die päpstliche Friedensaktion.	344
1. Der Interfraktionelle Ausschuß und die Friedensfrage.	344
2. Der Hauptausschuß des Reichstags und die Friedensfrage.	344
3. Der „Freie Ausschuß beim Reichskanzler“ und die päpstliche Friedensnote.	346
a) Errichtung und Zusammensetzung des „Freien Ausschusses“	346
b) Die Sitzung des „Freien Ausschusses“ vom 28. August 1917	348
c) Die Sitzung des „Freien Ausschusses“ vom 10. September 1917.	349
IV. Die deutsche Antwort auf die päpstliche Friedensnote.	351
1. Der Kronrat vom 11. September 1917.	351

Inhaltsverzeichnis

2. Die deutsche Antwortnote vom 13. September 1917.	353
3. Der Brief des Reichskanzlers an Pacelli vom 24. September 1917	354
V. Das Scheitern der Friedensbemühungen von 1917.	356
1. Der französische Anspruch auf die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens	356
2. Der Fehlschlag der Friedensbemühungen des Kabinetts Michaelis	357
3. Das Ende des „Freien Ausschusses“.	358
VI. Der Streit um die Verantwortung für das Scheitern der päpstlichen Friedensaktion	359
<i>§21. Der Flottenaufruhr des Sommers 1917.</i>	<i>360</i>
I. Ursachen und Ziele der Flottenbewegung	361
1. Das revolutionäre Programm der Flottenbewegung	361
2. Die Zentren der Flottenbewegung	363
3. Die Flottenbewegung und die USPD.	364
II. Der Flottenaufruhr in Wilhelmshaven.	365
1. Der Aufruhrplan.	365
2. Die Meuterei im IV. Geschwader.	366
3. Die Aufdeckung des revolutionären Komplotts	367
III. Das kriegsgerichtliche Verfahren gegen die Matrosenführer.	368
1. Das Kriegsgerichtsurteil vom 25. August 1917.	368
2. Die Bestätigung des Urteils durch den Flottenchef Admiral Scheer	369
IV. Die Frage der Mitverantwortung der USPD.	370
1. Politische oder straf rechtliche Mitverantwortung ?	370
2. Die Unterrichtung der Parteiführer durch die Reichsleitung	371
<i>§ 22. Der Sturz des Reichskanzlers Michaelis.</i>	<i>372</i>
I. Die Interpellationen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen vor dem Reichstag	372
1. Der Zusammenstoß im Reichstag (6. Oktober 1917).	373
2. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Reichstag vor dem Hauptausschuß (8. Oktober 1917).	374
II. Die Flottenbewegung vor dem Reichstag.	375
1. Die Kampfansage des Reichskanzlers gegen die USPD (9. Oktober 1917).	375
2. Die Erklärung des Staatssekretärs v. Capelle gegen die USPD.	377
3. Der mehrheitssozialistische Beistand für die USPD.	378

Inhaltsverzeichnis

III. Die Reichstagsmehrheit im Angriff gegen den Reichskanzler.	380
1. Der Vierparteienblock und die Kanzlerfrage.	380
2. Die Kanzlerfrage im Interfraktionellen Ausschuß.	382
3. Die Forderung des Kanzlerwechsels.	383
IV. Widerstand oder Unterwerfung des konstitutionellen Regimes ?.	385
1. Der angebliche Staatsstreichplan der Exekutive.	385
2. Der Rücktritt des Reichskanzlers Michaelis.	386
 Kapitel VI. Das Reichskabinett Graf Hertling	 388
 § 23. <i>Das Kabinett Graf Hertling</i> <i>und die Parlamentarisierung der Reichsgewalt.</i>	 388
I. Die Bildung des Kabinetts Graf Hertling	388
1. Die Kandidatur des Grafen Hertling.	388
2. Hertlings Verhandlungen in Berlin (27.-30. Oktober 1917).	389
3. Hertling und der Interfraktionelle Ausschuß.	390
4. Hertlings Verständigung mit der Zentrumsparlei.	391
5. Die „Bedingungen“ des Interfraktionellen Ausschusses.	392
6. Die Annahme der „Bedingungen“ der Mehrheitsparteien durch den Kanzlerkandidaten.	394
II. Der Durchbruch zum parlamentarischen Regime.	395
1. Die Ernennung Hertlings zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten.	395
2. Der Kampf um das Amt des Vizekanzlers.	396
3. Der Sturz des Vizekanzlers Helfferich - der entscheidende Akt auf dem Weg zum parlamentarischen System.	398
4. Hertlings Widerstand gegen die weitere Parlamentarisierung.	398
5. Übersicht über die Kabinettsumbildung von Anfang November 1917	400
III. Reichsleitung und Reichstag in den Anfängen der Ära Hertling	401
1. Graf Hertling vor dem Reichstag (29. November/1. Dezember 1917) ..	401
2. Die Debatte über die Kanzlerrede vom 29. November 1917.	403
3. Die Annahme der zehnten Kriegskreditvorlage und die Vertagung des Reichstags.	404
4. Parteiführerkonferenzen und Hauptausschußsitzungen im Dezember 1917/Januar 1918.	405
 § 24. <i>Die russische Oktoberrevolution und die deutsche Ostfriedenspolitik</i>	 406
I. Die Oktoberrevolution und Deutschland.	407

Inhaltsverzeichnis

1. Der bolschewistische Umsturz	407
2. Der Waffenstillstand im Osten.	408
3. Die Wirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche revolutionäre Bewegung	409
II. Der Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.	409
1. Das deutsche Friedensprogramm und die Parteiführerkonferenz vom 20. Dezember 1917.	409
2. Der erste Abschnitt der Friedens Verhandlungen (22.-28. Dezember 1917).	411
3. Der deutsch-österreichische Entwurf eines Präliminarfriedens (27. Dezember 1917).	413
III. Der Ostfrieden und die deutschen Parteien Anfang 1918.	414
1. Die Parteiführerkonferenz vom 1. Januar 1918.	414
2. Die Friedensfrage vor dem Hauptausschuß des Reichstags (3.-11. Januar 1918).	415
IV. Der Ostfrieden und die Oberste Heeresleitung	417
1. Die Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember 1917.	417
2. Der Kronrat vom 2. Januar und das Protestschreiben Hindenburgs vom 17. Januar 1918.	419
3. Die Konferenz vom 12. Januar 1918 und die Aufzeichnung über „Staatsrechtliche Verantwortlichkeit“.	420
4. Bedeutung und Inhalt der Aufzeichnung über „Staatsrechtliche Verantwortlichkeit“.	421
5. Die Friedensresolution: „Kein Freibrief für risikolose Kriegsverlängerung!“.	423
V. Der zweite Abschnitt der Friedenskonferenz	425
1. Die Wiedereröffnung der Verhandlungen in Brest-Litowsk (9. Januar 1918).	425
2. Der „Faustschlag“ des Generals Hoffmann.	425
3. Die deutschen Parteien und die Januar-Verhandlungen in Brest-Litowsk	426
VI. Die Reichsleitung, der Ostfrieden und die Vierzehn Punkte Wilsons	428
1. Die Parteiführerkonferenz vom 23. Januar 1918.	428
2. Die Reichskanzler-Erklärung vor dem Hauptausschuß des Reichstags (24. Januar 1918).	429
3. Das Vertrauensvotum für Kühlmann (26. Januar 1918).	430
§25. <i>Der Januarstreik 1918</i>	432
I. Die Streikbewegung des Januar 1918	433
1. Die Vorbereitung des politischen Massenstreiks.	433

Inhaltsverzeichnis

2. Der Streikausbruch	434
3. Die Streikleitung	435
4. Das Streikprogramm	436
II. Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften im Januarstreik 1918	437
1. Die Mehrheitssozialisten in der Streikleitung	437
2. Die Gewerkschaften und der Januarstreik	438
III. Die Abwehrmaßnahmen gegen den Januarstreik	439
1. Die ersten Gegenmaßnahmen der Reichsleitung	439
2. Die Bemühungen der Streikleitung um Verhandlungen mit der Regierung	440
3. Die Verhängung des verschärften Belagerungszustands (31. Januar 1918)	441
IV. Das Ende des Januarstreiks	442
1. Der Abbruch der Streikbewegung	442
2. Strafverfolgungen und sonstige Maßregelungen nach dem Abbruch des Januarstreiks	443
3. Das Ergebnis des Januarstreiks	444
V. Der Januarstreik und der Reichstag	445
1. Die Krise innerhalb der Reichtagsmehrheit	445
2. Der Fall Dittmann vor dem Reichstag	446
3. Die Generaldebatte über den Januarstreik	447
§ 26. Abschluß und Vollzug der Ostfriedensverträge	449
I. Die Krise der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk	450
1. Der Abbruch der Friedensverhandlungen	450
2. Die Reichsleitung und die Parteien in der Krise der Friedenskonferenz	451
3. Die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen im Osten	453
II. Der Frieden von Brest-Litowsk	453
1. Die Unterwerfung Rußlands unter die Friedensbedingungen der Mittelmächte	453
2. Der Hauptinhalt des Friedensvertrags	455
III. Die Ratifikation der Ostfriedensverträge	456
1. Das staatsrechtliche Erfordernis der Mitwirkung der Legislative beim Friedensschluß	456
2. Die Reichstagsverhandlungen über die Verträge von Brest-Litowsk	458
a) Der Friedensvertrag mit der Ukraine	458
b) Der Friedensvertrag mit Rußland	458
c) Die Reichstagsresolution und die Schlußabstimmung vom 22. März 1918	460

Inhaltsverzeichnis

3. Die Reichstagsverhandlungen über den Frieden mit Finnland und Rumänien.	461
a) Der Friedensvertrag mit Finnland.	461
b) Der Friedensvertrag mit Rumänien.	462
IV. Das deutsch-russische Verhältnis nach Brest-Litowsk.	463
1. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland	463
2. Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge zum Frieden von Brest-Litowsk.	464
a) Der Abschluß der Ergänzungsverträge.	464
b) Der Inhalt der Ergänzungsverträge.	465
c) Die staatsrechtliche Problematik der „zustimmungslosen Ratifikation“ der Ergänzungsverträge.	466
 § 27. <i>Das Kabinett Hertling und die Reichsverfassungsreform.</i>	467
I. Reichs Verfassung und Parlamentarisierung.	467
1. Das Ringen um die Änderung des Art. 9 der Reichsverfassung	467
2. Die Mehrheitssozialisten und das parlamentarische Regierungssystem	469
3. Der Wiedereintritt der Mehrheitssozialisten in das Reichstagspräsidium	470
4. Die mehrheitssozialistische „Doppelstrategie“ 1917/18.	471
II. Die „kleine Reichswahlreform“.	472
1. Wahlkreisreform oder Verhältniswahlssystem?	472
2. Das Gesetz über die Einführung der Verhältniswahl in den großen Reichstagswahlkreisen.	473
III. Die Sozialverfassungsreform.	474
1. Die Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung.	475
2. Das Arbeitskammergesetz	476
 § 28. <i>Das Kabinett Hertling und die preußische Wahlreform.</i>	479
I. Die preußischen Gesetzentwürfe vom 25. November 1917.	479
1. Die Reform des Abgeordnetenhauses.	479
2. Die Reform des Herrenhauses.	480
3. Die Reform des Staatshaushaltsrechts.	481
II. Die Reformentwürfe vor dem Abgeordnetenhaus.	482
1. Die erste Lesung (5.-11. Dezember 1917).	482
2. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die erste Lesung	483
3. Die Ausschlußverhandlungen (11. Januar - 13. April 1918).	484
4. Die zweite Lesung (30. April-2. Mai 1918).	486
5. Die dritte Lesung (13/14. Mai 1918).	488

Inhaltsverzeichnis

6. Die vierte Lesung (11/12. Juni 1918).	489
7. Die fünfte Lesung (4. Juli 1918).	491
III. Die Reformvorlagen vor dem Herrenhaus	492
1. Die Wahlrechtsfrage im Ausschuß des Herrenhauses (Juli-September 1918).	492
2. Die Polemik gegen die „Verschleppung der Wahlrechtsfrage“.	493
3. Hertlings letzte Bemühungen um einen Wahlrechtskompromiß	495
§ 29. Die Sommerkrise 1918.	497
I. Militärische Offensive und „Friedensoffensive“.	497
1. Die „patriotische Friedensbewegung“.	497
2. Die Denkschriften des Obersten v. Haeften.	498
3. Geheime Friedenssondierungen.	499
4. Hertlings Antwort an Wilson.	500
II. Die Kühlmann-Krise	501
1. Kühlmanns Reichstagsrede vom 24. Juni 1918.	501
2. Die verfassungsrechtliche Problematik des Kühlmannschen „Alleingangs“.	503
3. Die Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen vom 25. Juni 1918.	504
4. Die Intervention der Obersten Heeresleitung.	506
5. Der Austrag des Konflikts im Großen Hauptquartier.	507
III. Der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amts.	508
1. Kühlmanns Entlassung.	508
2. Hintzes Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts	509
IV. Die Änderungen in der militärischen Führungsorganisation	511
1. Der Wechsel an der Spitze des Militärkabinetts.	511
2. Der Wechsel in der Marineführung	511
§ 30. Die Herbstkrise 1918 und der Sturz des Reichskanzlers Graf Hertling	513
I. Der neue Friedensschritt der Mittelmächte.	513
1. Die Besprechungen im Großen Hauptquartier am 13.—15. August 1918	513
2. Die Parteiführerkonferenz vom 21. August 1918.	515
3. Die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses vom 12. und 13. September 1918.	516
II. Die Krise des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses.	518
1. Die Wiener Friedensnote vom 14. September 1918.	518

Inhaltsverzeichnis

2. Die Demarche der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler (15. September 1918).	519
3. Die deutsche Antwortnote an Österreich (20. September 1918).	520
III. Die Krise des Kabinetts Hertling.	521
1. Die Bemühungen um eine neue Regierungskoalition.	521
2. Die Völkerbunds-Resolution und die Programm-Denkschrift des Interfraktionellen Ausschusses.	522
3. Die Bedingungen der Mehrheitssozialisten für den Eintritt ins Reichskabinett (23. September 1918).	523
4. Die Tagung des Hauptausschusses des Reichstags (24.-27. September 1918).	525
5. Der Endkampf um das deutsche Regierungssystem.	526
IV. Graf Hertlings Rücktritt.	528
1. Das „Protokoll“ der Mehrheitsparteien (28. September 1918).	528
2. Das Eingreifen der Obersten Heeresleitung: der Beschluß über Kanzlerwechsel und Waffenstillstandsersuchen.	529
3. Der Kronrat vom 29. September 1918.	531
4. Der Parlamentarisierungserlaß des Kaisers (30. September 1918).	531
V. Das Ende des deutschen Konstitutionalismus und das Problem der konstitutionellen Staatsform.	533
 Kapitel VII. Das Reichskabinett Prinz Max von Baden	 535
 § 31. Die letzte kaiserliche Regierung.	 535
I. Die Umbildung der Reichsregierung.	535
1. Die Regierungskoalition.	535
2. Das Koalitionsprogramm.	537
3. Die Suche nach dem Kanzlerkandidaten.	538
4. Die Kandidatur des Prinzen Max von Baden.	539
5. Die Vorstellungen des Prinzen Max über „Regierungsparteien“ und „nationale Opposition“.	542
II. Das Reichskabinett und das preußische Kabinett im Oktober/November 1918.	544
1. Die neue Reichsleitung.	544
2. Das neue preußische Kabinett.	545
3. Die sonstigen zentralen Ämter.	546

Inhaltsverzeichnis

III. Der Fortgang der Parlamentarisierung.	547
1. Kriegskabinetts und Gesamtkabinetts.	547
2. Der Abbau der parlamentarischen Inkompatibilitäten.	549
3. Übersicht über die Kabinettsumbildung vom 3. Oktober 1918.	549
 §32. Waffenstillstandsersuchen und Wilson-Frieden.	551
I. Das deutsche Waffenstillstandsersuchen.	552
1. Der designierte Reichskanzler im Widerstand gegen das Waffenstillstandsersuchen.	552
2. Die Parteiführerkonferenz vom 2. Oktober 1918.	553
3. Der Kronrat vom 2. Oktober 1918 und die endgültige Entscheidung	554
4. Die Machtkonstellation bei der Entscheidung über das Waffenstillstandsersuchen.	556
II. Waffenstillstandsnote und Regierungserklärung.	557
1. Die deutsche Note vom 3. Oktober 1918.	557
2. Das Ringen um die Reichskanzler-Erklärung.	557
3. Die Reichskanzler-Rede vom 5. Oktober 1918.	559
III. Der erste Notenwechsel mit Wilson.	560
1. Die amerikanische Note vom 8. Oktober 1918.	560
2. Rathenaus Gedanke der „levee en masse“ und Ludendorffs Ablehnung	561
3. Die deutsche Note vom 12. Oktober 1918.	563
IV. Die Kanzlerkrise (11.-15. Oktober 1918).	564
1. Die „Affäre Muehlon“.	564
2. Die Erklärung des Reichskanzlers vor dem Interfraktionellen Ausschuß	565
V. Der zweite Notenwechsel mit Wilson.	566
1. Die „Demokratisierung“ der deutschen Verfassungsverhältnisse - eine Vorbedingung für Waffenstillstand und Frieden.	566
2. Das Ringen um die deutsche Antwort.	567
3. Die Kabinettsberatungen vom 17. Oktober 1918.	569
4. Der Entwurf der deutschen Antwortnote.	570
5. Der deutsche Verzicht auf den U-Boot-Krieg.	571
6. Die Entscheidung des Kaisers über die Antwort an Wilson.	572
7. Die deutsche Note vom 21. Oktober 1918.	575
VI. Die dritte Wilson-Note und ihre Wirkung auf die deutsche Verfassungslage.	576
1. Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden ?.	576
2. Wilson und die „Kaiserfrage“.	576
3. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung	577

Inhaltsverzeichnis

4. Das Ringen um den Wechsel in der Obersten Heeresleitung	578
5. Die Entlassung Ludendorffs (26. Oktober 1918).	580
VII. Der Abschluß des deutsch-amerikanischen Notenwechsels	581
1. Die deutsche Note vom 27. Oktober 1918.	581
2. Die vierte Wilson-Note (5. November 1918) und die Abreise der deutschen Waffenstillstands-Delegation nach Compiegne.	583
§33. <i>Die Oktoberreformen.</i>	584
I. Die Reform der Reichsverfassung.	584
1. Die Reformvorlagen vor dem Bundesrat.	584
2. Die Reformvorlagen vor dem Reichstag.	586
II. Die verfassungspolitische Bedeutung der Reichsgesetze vom 28. Oktober 1918	588
1. Das erste Reformgesetz.	588
2. Das zweite Reformgesetz.	589
3. Die Oktoberreformen und das Wehrverfassungsrecht.	591
4. Der kaiserliche Erlaß vom 28. Oktober 1918.	592
III. Der Kampf um Wahlreform und Parlamentarisierung in Preußen.	593
1. Der Wahlrechtskompromiß in der Kommission des Herrenhauses (1. Oktober 1918).	593
2. Die Annahme des gleichen Wahlrechts im Plenum des Herrenhauses (24. Oktober 1918).	594
3. Die neue preußische Wahlrechtskrise.	596
IV. Die Oktoberreformen und das Reichsland Elsaß-Lothringen.	597
1. Die Frage der elsäß-lothringischen Autonomie in der Herbstkrise 1918	597
2. Das Scheitern der Bemühungen um die elsäß-lothringische Autonomie	599
§ 34. <i>Militärverfassung und Kriegszustandsrecht</i> <i>am Vorabend der Revolution.</i>	600
I. Die Reichsleitung und die Militärgewalt nach den Oktoberreformen	600
1. Die Kommandoakte „von politischer Bedeutung“.	600
2. Die Immediatstellung der Kommandobehörden	601
3. Das Verhältnis Reichskanzler—Kriegsminister.	603
II. Militärkabinette und Pressebehörden	603
1. Die Mediatisierung des Militärkabinetts und des Marinekabinetts	603
2. Die Reorganisation des Kriegspresseamts und der Oberzensurstelle	605

Inhaltsverzeichnis

III. Der Abbau des Kriegszustands im Oktober/November 1918.606
1. Die Zusage des Reichskanzlers auf Beschränkung der Kriegszustands-Vollmachten (5. Oktober 1918).606
2. Der Amnestie-Erlaß vom 12. Oktober 1918.607
3. Die Kriegszustands-Erlasse vom 15. Oktober 1918.609
a) Die Verordnung über die erweiterte Weisungsgewalt des Obermilitärbefehlshabers.609
b) Der Erlaß über das Zusammenwirken der Militärgewalt und der Zivilgewalt im Kriegszustandsrecht.610
4. Die Erweiterung der Versammlungs- und der Pressefreiheit durch den Erlaß vom 2. November 1918.611
a) Die Lockerung der Versammlungskontrolle.611
b) Die Lockerung der Pressezensur.612
5. Die Freilassung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und der Marine-Meuterer.613
 § 35. Die revolutionäre Bewegung, die Friedensfrage und die Kaiserfrage615
I. Die revolutionäre Bewegung im Oktober 1918.615
1. Die Stärke der revolutionären Bewegung.615
2. Die Gruppen der revolutionären Bewegung.616
3. Die Ziele der revolutionären Bewegung.619
II. Die Kaiserfrage.621
1. Die Krise des monarchischen Gedankens.621
2. Rettung der Monarchie durch Thronverzicht des Kaisers?.622
3. Die revolutionäre Parole vom Kaisertum als „Friedenshindernis“624
4. Das Reichskabinett und die Kaiserfrage.625
5. Die Mehrheitsparteien des Reichstags und die Kaiserfrage.626
III. Die Kaiserkrise.627
1. Die Kaiserfrage und die Wilson-Noten.627
2. Der Reichstag und die Kaiserkrise.629
3. Der Reichskanzler und der Regentschaftsplan.631
4. Die Abreise des Kaisers ins Große Hauptquartier (29. Oktober 1918)632
5. Der Vorstoß des Staatssekretärs Scheidemann in der Kaiserfrage (29. Oktober 1918).634
6. Der Zwiespalt im Kriegskabinett (31. Oktober 1918).635
 § 36. Der Aufstand auf der Hochseeflotte.636
I. Der Plan des Flottenvorstoßes von Ende Oktober 1918.637
1. Der Einsatzplan der Seekriegsleitung.637

Inhaltsverzeichnis

2. Das strategische Ziel des Flottenvorstoßes	638
3. Die Kontroverse um den Sinn des Flottenvorstoßes	639
II. Die verfassungsrechtliche Problematik des Flottenvorstoßes.	642
1. Admiralsrebellion oder Matrosenmeuterei	642
2. Das Einverständnis des Kaisers und des Reichskanzlers mit der Operationsfreiheit der Hochseeflotte.	643
3. Die Anerkennung der Loyalität der Seekriegsleitung durch den Reichskanzler.	645
III. Der Flottenaufstand in Wilhelmshaven.	646
1. Die Auflehnung von Teilen der Hochseeflotte gegen den Einsatzbefehl	646
2. Die Gegenmaßnahmen der Flottenführung	649
IV. Der Flottenaufstand in Kiel	650
1. Die Entwicklung des Kieler Marineaufstands (1. —7. November 1918)	650
2. Die Kieler aufständische Bewegung und die Militärgewalt	651
3. Die Kieler aufständische Bewegung und die politische Reichsgewalt	652
4. Haußmann und Noske in Verhandlungen mit den Aufständischen in Kiel.	653
5. Noske als Vorsitzender des Kieler Soldatenrats.	654
6. Noske als Gouverneur von Kiel.	655
§37. <i>Der Kampf um das Kaisertum zwischen Berlin und Spa.</i>	656
I. Die Einwirkungen der Reichsleitung auf das Große Hauptquartier Anfang November 1918.	656
1. Die Mission Drews.	656
2. Der Simons'sche Plan: Reichsverweserschaft und preußische Regentschaft.	658
II. Die Verschärfung der Lage in Berlin	660
1. Die russische Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse und der Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen (4. November 1918)	660
2. Das Auftreten des Ersten Generalquartiermeisters Groener in Berlin (576. November 1918).	660
3. Das mehrheitssozialistische Ultimatum an den Reichskanzler (7. November 1918).	662
III. Das letzte Ringen zwischen Berlin und Spa	664
1. Die Abdankungsempfehlung des Reichskanzlers (778. November 1918)	664
2. Die Reichsleitung und die Parteien am Vorabend der Revolution	665
3. Der Entschluß des Großen Hauptquartiers zum Widerstand (8. November 1918).	666
4. Die Preisgabe des Kampf-Entschlusses.	667

Inhaltsverzeichnis

B. Die deutsche Revolution 1918/1919

Kapitel VIII. Die Novemberrevolution

673

§ 38. Der neunte November.	673
I. Der Vormittag des 9. November in Berlin.	674
1. Der Ausbruch der Revolution.	674
2. Der Austritt der Mehrheitssozialisten aus dem Reichskabinett.	674
II. Die Beratungen im Großen Hauptquartier am Tag der Revolution.	675
1. Der Militärvortrag am Vormittag des 9. November.	675
2. Die Befragung der Frontkommandeure.	676
3. Die Abdankungsfrage zwischen Berlin und Spa.	678
4. Der Entschluß zur Teil-Abdankung.	680
5. Die Erklärung der Abdankungsbereitschaft Kaiser Wilhelms II. (9. November 1918).	681
III. Die Entthronung des Kaisers und Königs.	682
1. Die Bekanntgabe der Voll-Abdankung des Kaisers und Königs durch den Reichskanzler.	682
2. Die Übergabe der Reichskanzlerschaft an Eben.	685
3. Der Verzicht auf Reichsverweserschaft und Regentschaft.	688
4. Der Machtwechsel in Berlin.	689
5. Die Proklamation der Republik.	690
IV. Die Verantwortlichkeit für den Untergang der deutschen Monarchie.	692
1. Thronverzicht zur Rettung der Monarchie ?.	692
2. Die Verantwortung der Obersten Heeresleitung.	693
3. Die Verantwortung des Reichskanzlers.	694
4. Der Staatsstreich der Reichskanzlei.	695
5. Die Verantwortung für den Verzicht auf Reichsverweserschaft und preußische Regentschaft.	696
§ 39. Die „Flucht nach Holland“.	697
I. Kampf um die Krone oder Übertritt ins Ausland ?.	698
1. Die Anerkennung der Thronenthhebung im Großen Hauptquartier.	698
2. Die Delegation der kaiserlichen Kommandogewalt an den Chef der Obersten Heeresleitung.	699

Inhaltsverzeichnis

3. Der Rat zum Übertritt nach Holland.	700
4. Der Grenzübertritt des Kaisers.	701
II. Das Problem des „Königstods“.	702
1. Der Plan der „Selbstaufopferung“ des Monarchen an der Front.	702
2. Die Vorbereitung des Front-Unternehmens im Großen Hauptquartier.	704
3. Die Gründe gegen die „Selbstaufopferung“.	705
III. Der formelle Thronverzicht.	706
§ 40. Der Rat der Volksbeauftragten und das Räteresystem.	706
I. Ebert als Reichskanzler an der Spitze des alten Reichskabinetts (9710. November 1918).	708
II. Die Einsetzung des Rats der Volksbeauftragten.	709
1. Die beiden sozialistischen Parteien nach dem Sieg der Revolution.	709
2. Die Koalitionsverhandlungen vom 9. November 1918.	710
3. Die Koalitionsvereinbarung vom 10. November 1918.	712
4. Die Machtübernahme durch den Rat der Volksbeauftragten.	713
III. Das Räteresystem.	714
1. Die Arbeiter- und Soldatenräte.	714
2. Die Räteversammlung im „Zirkus Busch“ (10. November 1918).	715
3. Die Bestätigung des Rats der Volksbeauftragten durch die Großberliner Räteversammlung.	717
IV. Die ersten Spannungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß.	718
1. Der Machtkampf zwischen den beiden obersten Revolutionsorganen - ein Kampf um die Suprematie zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen.	718
2. Der Aufruf des Großberliner Vollzugsausschusses vom 11. November 1918.	719
3. Der Erlaß des Großberliner Vollzugsausschusses über die Bildung einer „Roten Garde“ (12. November 1918).	720
V. Die Problematik des Räteresystems in der Novemberrevolution.	721
1. Die vier unterschiedlichen Möglichkeiten des Räteresystems.	721
a) Der „Rätestaat“.	721
b) Das Räteregime als Instrument der revolutionären Parteien-Diktatur.	722
c) Das Räteregime als revolutionäres Interim.	723
d) Die Räte als Organisationsform der Wirtschaftsdemokratie.	723
2. Das Räteresystem des November/Dezember 1918.	724

Inhaltsverzeichnis

§ 41. Der Rat der Volksbeauftragten und die oberste Reichsgewalt.	726
I. Der Rat der Volksbeauftragten als Inhaber der revolutionären Diktaturgewalt.	726
II. Der Rat der Volksbeauftragten und die bestehenden Reichsorgane.	728
1. Die Ausschaltung des Reichstags.	729
2. Die Degradation des Bundesrats zur reinen Verwaltungsinstanz.	730
III. Die Aufgaben des Rats der Volksbeauftragten.	731
1. Die Kollegialaufgaben.	731
2. Die Ressortaufgaben.	731
IV. Der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918	732
1. Der Aufruf - ein sozialistisches oder ein freiheitlich-demokratisches Verfassungsmanifest?.	732
2. Die Aufhebung des Belagerungszustands.	733
a) Die Aufhebung des Reichsbelagerungszustands.	734
b) Der Belagerungszustand in Bayern.	735
3. Die Wiederherstellung und Erweiterung bürgerlicher Freiheitsrechte . .	736
a) Die Vereins- und Versammlungsfreiheit.	736
b) Die Meinungsfreiheit.	737
c) Die Religionsfreiheit.	737
d) Die politische und die militärische Generalamnestie.	738
4. Der Ausbau des Sozialstaats.	739
a) Die Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.	739
b) Die Aufhebung der Gesindeordnungen.	739
c) Arbeiterschutz, Achtstundentag und soziale Vorsorge.	740
5. Die Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.	741
§ 42. Der Rat der Volksbeauftragten und die zentralen Reichsbehörden	742
I. Die Kontinuität der Reichsverwaltung.	742
1. Der Fortbestand des überlieferten Systems des Reichsbeamtentums	742
2. Der Fortbestand und die Fortentwicklung des Systems der Reichsämtner	743
II. Die Besetzung der Obersten Reichsbehörden.	744
1. Die Staatsekretäre der Reichsämtner.	744
2. Die „parlamentarischen Unterstaatssekretäre“.	746
3. Die Reichskanzlei und das Reichspresseamt.	747
III. Die Wirksamkeit der Obersten Reichsbehörden in der revolutionären Übergangszeit.	749

Inhaltsverzeichnis

§43. Der Rat der Volksbeauftragten und die Reichsmilitärgewalt.	751
I. Das Bündnis Ebert-Groener.	751
1. Die Übereinkunft Groeners mit Ebert vom 9. November 1918.	751
2. Die Maßnahmen der Obersten Heeresleitung in den ersten Tagen der Revolution.	753
a) Der Befehl der Obersten Heeresleitung an das Feldheer (9. November 1918).	753
b) Das Telegramm Groeners an Ebert (9. November 1918).	753
c) Der Befehl der Obersten Heeresleitung an die Heeresgruppen und Armeen (10. November 1918).	754
3. Die wehrpolitischen Maßnahmen Eberts vom 10. November 1918	755
a) Eberts Telegramm an die Oberste Heeresleitung	755
b) Eberts Aufruf an das Heimatheer.	756
4. Die Sanktion der Übereinkunft Ebert-Groener durch den Rat der Volksbeauftragten (11/12. November 1918).	757
5. Die Wirkungen der Übereinkunft zwischen Reichsleitung und Heeresleitung.	758
II. Das Zusammenwirken von Reichsleitung und Heeresleitung beim Abschluß des Waffenstillstands (11. November 1918).	760
1. Der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens.	760
2. Der Inhalt des Waffenstillstandsabkommens.	761
3. Der Vollzug des Waffenstillstandsabkommens.	763
III. Der Beginn der Kämpfe zwischen Militärgewalt und Rätegewalt	764
1. Der Versuch des Vollzugausschusses der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte zur Neugestaltung der Kommandoverhältnisse.	764
2. Die Oberste Heeresleitung und die Soldatenräte.	765
3. Der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems (172. Dezember 1918).	767
§ 44. Der Rat der Volksbeauftragten und die Zentralarbeitsgemeinschaft	768
I. Wirtschaftliche Zusammenarbeit oder wirtschaftlicher Umsturz?	768
II. Die Entstehung und Stellung der Zentralarbeitsgemeinschaft.	770
1. Die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft.	770
2. Die Sanktion der Zentralarbeitsgemeinschaft durch den Rat der Volksbeauftragten.	771
III. Der Aufbau der Zentralarbeitsgemeinschaft	772
1. Zentralausschuß und Zentralvorstand.	772
2. Die beiderseitige Anerkennung der Verbände.	773

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Aufgaben der Zentralarbeitsgemeinschaft	774
1. Sozialpolitische Maßnahmen	774
2. Tarifpolitik	774
3. Betriebsverfassungspolitik	775
4. Schlichtungspolitik und Arbeitszeitpolitik	775
V. Die Dauer der Zentralarbeitsgemeinschaft	776
Kapitel IX. Von der Räteherrschaft zur parlamentarischen Demokratie	777
§ 45. Der Kampf um die Wahl der Nationalversammlung.	777
I. Der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsausschuß im Ringen um die „Konstituante“.	777
1. Der Kampf um: „Alle Macht den Räten!“	777
2. Das „Verfassungsprogramm“ des Vollzugsausschusses vom 16. November 1918	778
3. Die gemeinsame Sitzung des Rats der Volksbeauftragten und des Vollzugsausschusses vom 18. November 1918.	779
4. Die Resolution der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Wahl der Nationalversammlung	780
II. Der Schein-Sieg des Vollzugsausschusses.	781
1. Die erste Vereinbarung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß (22. November 1918).	781
2. Die Vereinbarung vom 22. November 1918 in der „Verfassungswirklichkeit“ der revolutionären Übergangszeit	783
3. Die Einberufung des Allgemeinen Deutschen Rätekongresses.	784
III. Die Reichskonferenz vom 25. November 1918	784
1. Die Zusammensetzung der Reichskonferenz	784
2. Eberts Erklärung zur verfassungspolitischen Lage des Reichs.	786
3. Der außenpolitische Bericht des Staatssekretärs Solf.	787
4. Die Debatte der Reichskonferenz	789
5. Das Resümee der Reichskonferenz	790
IV. Die Vorentscheidung für die Wahl der Nationalversammlung	791
1. Der Beschluß des Rats der Volksbeauftragten vom 29. November 1918	791
2. Die Verordnung über die Wahlen zur Nationalversammlung vom 30. November 1918.	792

Inhaltsverzeichnis

§ 46. Der Kampf um die Wehrverfassung in der ersten Dezemberhälfte 1918	794
I. Die Problematik der militärischen Reorganisation	794
II. Alternativen des militärischen Neuaufbaus	795
1. Der Plan der „sozialistischen Volkswehr“.	796
2. Der Plan der „Republikanisierung“ der alten Armee.	799
3. Der Plan der Freiwilligenverbände	801
III. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Vollzugsausschuß	802
1. Der „Putschversuch“ vom 6. Dezember 1918	802
2. Der Konflikt in der gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des Vollzugsausschusses (7. Dezember 1918).	804
3. Die zweite Vereinbarung über das Verhältnis zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß vom 9. Dezember 1918	805
4. Der Konflikt zwischen dem Reichskabinett und den Marineräten	806
IV. Militärgewalt und politische Gewalt nach der Rückkehr des Feldheeres	807
1. Die Intervention der Obersten Heeresleitung (8. Dezember 1918)	807
2. Der Plan des Truppeneinzugs in Berlin.	809
3. Der Einmarsch der Berliner Feld-Divisionen (10.-13. Dezember 1918)	811
V. Die Aufstellung der Freiwilligen-Verbände	812
1. Die Entscheidung des Rats der Volksbeauftragten für den Aufbau von Freiwilligen-Formationen	812
2. Das Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr.	814
3. Die Aufstellung der Freikorps.	815
4. Die Aufstellung des Grenzschutzes Ost	817
§ 47. Innere Konflikte am Vorabend des Rätekongresses.	819
I. Das Ringen um die Wiederberufung des Reichstags.	819
1. Die ungelöste Frage: Fortbestand oder Ende des alten Reichstags?	819
2. Fehrenbachs Vorstoß vom 12. Dezember 1918.	820
3. Fehrenbachs Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918.	822
II. Der Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Amts.	823
1. Die Enthüllung der russischen Geldleistungen zur Vorbereitung der deutschen Revolution	823
2. Von Solf zu Brockdorff-Rantzau.	825
III. Die Demission des preußischen Kriegsministers.	826
1. Oberste Heeresleitung und Kriegsminister nach der Rückkehr des Feldheeres.	826

Inhaltsverzeichnis

2. Das Abschiedsgesuch des Kriegsministers Scheuch	827
 § 48. <i>Der Allgemeine Deutsche Rätekongreß</i>	828
I. Die Rätewahlen - ein Plebiszit gegen das Rätesystem.	829
II. Zusammensetzung und Rechtsnatur des Rätekongresses.	830
1. Die Delegierten des Rätekongresses.	830
2. Die deutschen Zentralinstanzen auf dem Rätekongreß	832
3. Die verfassungspolitische Stellung des Rätekongresses.	834
III. Die Beratungen des Rätekongresses.	834
1. Der Antrag: Alle Macht den Räten!.	834
2. Der Antrag: Aufhebung des Grenzschutzes und der militärischen Sicherungsmaßnahmen im Innern.	836
3. Die linksradikale Soldatendeputation vor dem Kongreß	838
4. Die Annahme der „Hamburger Punkte“.	839
IV. Die Festigung der Macht der Volksbeauftragten	841
1. Die Anträge gegen die „Konterrevolution“.	841
2. Die Bestätigung des Rats der Volksbeauftragten im Amt	842
3. Der Antrag Lüdemann—Kahmann—Severing.	843
a) Reichskongreß und Rat der Volksbeauftragten.	843
b) Der Zentralrat der Republik	844
V. Die Entscheidung für die Wahl der Nationalversammlung	845
1. Die Anträge Cohen und Däumig.	845
2. Die Festsetzung des Wahltermins: 19. Januar 1919.	847
VI. Die Einsetzung des „Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik“	848
1. Der Versuch zur Beschränkung der Macht der Volksbeauftragten zugunsten des Zentralrats.	848
2. Die Wahl des Zentralrats.	849
 § 49. <i>Sozialismus, Sozialisierung und Sozialreform</i>	850
I. Wirtschaftlicher Wiederaufbau oder soziale Revolution?	851
1. Sozialismus und Sozialisierung	851
2. Die Bedeutungsvarianten des Sozialismus.	852
II. Hauptfragen des Sozialisierungsprogramms.	854
1. Totale oder partielle Sozialisierung	854
2. Die „Sozialisierungsreife“.	855
3. Sozialisierung der Landwirtschaft oder ländliche Bodenreform?	856

Inhaltsverzeichnis

4. Sozialisierung oder Wiederherstellung der wirtschaftlichen Produktivität?	857
III. Die Reichsleitung und die Sozialisierungsfrage	858
1. Die Einsetzung der Sozialisierungskommission	858
2. Die Sozialisierungsfrage vor der Reichskonferenz (25. November 1918)	859
3. Das Programm des Reichswirtschaftsamts: „Sozialismus ohne Sozialisierung!“	861
4. Das Programm der Sozialisierungskommission: „Sozialismus durch Sozialisierung!“	862
5. Die Widerstand der Reichsämtler gegen das Sozialisierungsprogramm	863
IV. Der Rätekongreß und die Sozialisierungsfrage	864
1. Die Sozialisierungsdebatte des Rätekongresses (20. Dezember 1918)	864
2. Die Sozialisierungsfrage und der Zentralrat (28. Dezember 1918)	865
3. Der Streit um die Verstaatlichung des Bergbaus	866
V. Die Fortentwicklung des Sozialstaats durch Sozialreform	867
1. Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 - das Grundgesetz des neuen Arbeitsrechts	867
2. Die Grundgedanken des neuen Arbeitsverfassungsrechts	868
a) Das Tarifrecht	868
b) Das Betriebsverfassungsrecht	869
c) Das Schlichtungsrecht	870
§ 50. <i>Der Kampf um die Trennung von Kirche und Staat</i>	871
I. Kirche und Staat nach der Revolution	872
1. Die Maxime: „Trennung von Kirche und Staat“.	872
2. Die Bedeutungsvarianten der Trennungsformel.	873
II. Revolutionäre Ersatzformen für das landesherrliche Kirchenregiment	874
1. Der Wegfall des landesherrlichen Summepiskopats	874
2. Der Eingriff der preußischen Revolutionsregierung in das Kirchenregiment	876
3. Die Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments durch die Staatsbehörden in anderen Einzelstaaten	877
4. Die Übernahme des Kirchenregiments durch kircheneigene Organe	878
III. Die Erhaltung des Öffentlichkeits-Charakters der Kirchen und der staatlichen Kirchenhoheit	880
1. Die Fortdauer des öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen.	880
2. Die Fortdauer der staatlichen Kirchenhoheit	881
3. Die staatlichen Kirchenaustrittsgesetze.	882

Inhaltsverzeichnis

IV. Die „Trennung von Kirche und Schule“	884
1. Die überlieferten Einflußrechte der Kirchen im staatlichen Schulwesen	884
2. Der Kampf gegen die „christliche Schule“	884
3. Die Schulerlasse der Ära Haenisch-Hoffmann in Preußen	885
a) Der preußische Schulerlaß vom 15. November 1918	885
b) Der Erlaß über die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht vom 27. November 1918.	886
c) Der Erlaß zur Sicherung der Religionsfreiheit im Schulwesen vom 29. November 1918.	887
4. Der Widerstand gegen die schulpolitischen Maßnahmen in Preußen	888
5. Die schulpolitischen Maßnahmen in den deutschen Mittel- und Kleinststaaten	890
 Kapitel X. Die Krise der Revolution	892
 § 51. Die Weihnachtskrise 1918.	892
I. Der Kampf um die „Hamburger Punkte“	892
1. Die verfassungspolitische Lage nach dem Rätekongreß	892
2. Der Widerstand des Rats der Volksbeauftragten gegen den Vollzug der „Hamburger Punkte“	893
3. Der Protest der Militärbehörden gegen die „Hamburger Punkte“	893
4. Die Kabinettsitzung vom 20. Dezember 1918.	895
5. Die Sistierung des Vollzugs der „Hamburger Punkte“	897
II. Die Kämpfe in Berlin um Weihnachten 1918.	898
1. Der Putsch der Volksmarinedivision (23. Dezember 1918).	898
2. Der Kampf um Schloß und Marstall (24. Dezember 1918).	901
3. Der „Vertrag“ zwischen Regierung und Volksmarinedivision (24. Dezember 1918).	902
4. Die Besetzung des Vorwärts-Gebäudes durch die revolutionäre Linke (25. Dezember 1918).	904
5. Das Ringen um das Amt des Berliner Stadtkommandanten.	905
 § 52. Der Bruch der sozialistischen Koalition.	906
I. Die Regierungskrise und der Zentralrat	906
1. Die Kabinettsitzungen vom 27. und 28. Dezember 1918.	906
2. Der Bruch zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen (28/29. Dezember 1918).	909

Inhaltsverzeichnis

II. Die Umbildung des Reichskabinetts.	910
1. Die neuen Volksbeauftragten.	910
2. Das Programm der mehrheitssozialistischen Reichsregierung.	911
3. Gegenerklärungen und Gegendemonstrationen.	912
III. Der Wechsel an der Spitze des preußischen Kriegsministeriums.	913
1. Die Bedingungen des Obersten Reinhardt für die Übernahme des Amts des Kriegsministers.	913
2. Die Zustimmung des Zentralrats zu Reinhardts Ernennung.	914
IV. Das Ende der sozialistischen Koalition in Preußen.	915
1. Der Widerspruch der preußischen Unabhängigen gegen Reinhardts Ernennung.	915
2. Der Austritt der Unabhängigen aus der preußischen Regierung.	916
 §53. Die Januarkämpfe 1919 in Berlin.	 916
I. Die Regierung Ebert-Scheidemann und die radikale Linke im Kampf.	916
1. Die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn (4. Januar 1919).	916
2. Der Berliner Aufstand (576. Januar 1919).	918
II. Der Gegenschlag der Reichsregierung.	922
1. Die Ernennung Noskes zum Oberbefehlshaber in und um Berlin.	922
2. Das Scheitern der Vermittlungsversuche.	923
3. Die Niederwerfung des Januaraufstands.	924
III. Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.	925
1. Der Tathergang (15. Januar 1919).	925
2. Das Kriegsverfahren (8.-14. Mai 1919).	927
IV. Die strafrechtliche Ahndung der Januarkämpfe.	928
1. Landfriedensbruch oder Hochverrat ?.	928
2. Der Ledebour-Prozeß (19. Mai-23. Juni 1919).	931
3. Der Januaraufstand vor dem Reichsgericht.	932
V. Der Bericht des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landes- versammlung über die Januarunruhen.	933
 § 54. Die Festigung der militärischen Kommandoverhältnisse nach den Januarkämpfen.	 934
I. Friedensheer und Feldheer Anfang 1919.	934
II. Die drei Militär-Verordnungen vom 19. Januar 1919.	935

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtsnatur und Geltungsbereich der Januar-Verordnungen	935
2. Der Inhalt der Januar-Verordnungen	936
a) Die Kommandogewalt	936
b) Die Soldatenräte	938
c) Militärische Abzeichen, Auszeichnungen, Waffen und Ehrenbezeugungen	939
III. Die Proteste gegen die Januar-Verordnungen	939
1. Die Reichskonferenz der Soldatenräte Deutschlands	939
2. Die Protest-Resolution des Delegiertentags des Reichsheeres	940
3. Der Protest des Zentralrats der Marine	942
 § 55. <i>Die Sozialisierungsfrage nach dem Scheitern der sozialistischen Koalition</i>	 943
I. Das Programm der Sozialisierungskommission vom 10. Januar 1919	943
1. Der Vorschlag zur Verstaatlichung des Bergbaus	944
2. Der Widerspruch des Reichskabinetts und des Zentralrats	944
II. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Verordnungen vom 18. und 29. Januar 1919	946
1. Die Bergbau-Verordnung vom 18. Januar 1919	946
2. Die Siedlungs-Verordnung vom 29. Januar 1919	947
III. Die Krise der Sozialisierungskommission	948
1. Die Sozialisierungskommission vor dem Zentralrat (29. Januar 1919)	948
2. Die Entscheidung des Reichskabinetts gegen den Bericht der Sozialisierungskommission (Februar 1919)	949

C. Die Grundlagen der Reichserneuerung

Kapitel XI. Die Reorganisation des deutschen Parteiwesens 953

§ 56. <i>Die Kontinuität des deutschen Parteiensystems in der Revolution</i>	953
I. Das deutsche Parteiwesen und die verfassungsstaatliche Kontinuität	953
II. Das deutsche Fünfparteiensystem im Beginn der Weimarer Republik	955

Inhaltsverzeichnis

§ 57. Die Deutschnationale Volkspartei.	956
I. Die Lage des deutschen Konservativismus nach dem Zusammenbruch	956
II. Der Zusammenschluß der Rechtsparteien zur Deutschnationalen	
Volkspartei.	958
1. Der deutschnationale Gründungsaufwurf vom 24. November 1918	958
2. Die Gründungsversammlung vom 16. —19. Dezember 1918 und das	
erste deutschnationale Parteiprogramm.	959
§ 58. Zentrum und Bayerische Volkspartei.	961
I. Die Zentrumsparlei	961
1. Das Zentrum nach der Revolution.	961
2. Die Reorganisation der Zentrumsparlei	964
3. Der Kampf zwischen der Kölner und der Berliner Zentrumsgruppe	965
a) Die Kölner Gruppe.	965
b) Die Berliner Gruppe.	966
c) Die Zentrums-Strategie: Anpassung und Widerstand!	967
4. Reorganisation und Neuorientierung des Zentrums.	968
a) Die Tagung des „Reichsausschusses“ des Zentrums vom	
30731. Dezember 1918.	968
b) Die „Leitsätze“ der Zentrumsparlei.	969
II. Die Bayerische Volkspartei.	970
1. Die Abspaltung des Bayerischen Landesverbands.	970
2. Das Programm der Bayerischen Volkspartei.	971
a) „Bayern den Bayern!“ !	971
b) Staatenbund oder Bundesstaat?.	972
§ 59. Der deutsche Liberalismus.	973
I. Der Plan einer liberalen Gesamtpartei	974
1. Das Problem der liberaldemokratischen Einigung	974
2. Der nationalliberale Einigungsversuch	975
3. Der Einigungsaufwurf der „Sechzig“ vom 16. November 1918.	976
4. Das Scheitern der liberalen Einigung	979
II. Die Deutsche Volkspartei.	980
1. Der Gründungsaufwurf vom 22. November 1918	980
2. Die weiteren Fusionsverhandlungen zwischen Nationalliberalen und	
Linksliberalen	981
3. Die Selbstbehauptung der „Deutschen Volkspartei“.	982
4. Parteivorsitz und Parteiprogramm.	983

Inhaltsverzeichnis

III. Die Deutsche Demokratische Partei.	985
1. Die Fortschrittliche Volkspartei und der Aufruf der Sechzig.	985
2. Gründung und Organisation der Deutschen Demokratischen Partei.	986
3. Das Programm der Deutschen Demokratischen Partei.	987
 § 60. Die drei sozialistischen Parteien nach der Revolution.	988
I. Die Mehrheitssozialisten.	989
1. Revolution oder Reform?	989
2. Das Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“.	990
3. Die mehrheitssozialistische Resolution vom 28. November 1918.	991
4. Die mehrheitssozialistischen Richtungsgegensätze.	992
II. Die Unabhängigen Sozialisten.	993
1. Die Richtungsgegensätze in der USPD.	993
2. Die Erklärungen der Parteiführung der USPD.	994
3. Die USPD nach der Niederlage auf dem Rätekongreß.	995
III. Die äußerste Linke.	996
1. Der Spartakus-Bund im November/Dezember 1918.	996
2. Das Spartakus-Programm vom 14. Dezember 1918.	999
3. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.	1000
 Kapitel XII. Umsturz und Neuordnung in den deutschen Einzelstaaten	1002
 § 61. Preußen vom November 1918 bis zum März 1919.	1002
I. Das preußische Revolutionskabinett.	1002
1. Die Auflösung des Bandes zwischen der Regierungsgewalt im Reich und in Preußen.	1002
2. Das erste Revolutionskabinett in Preußen.	1004
3. Übersicht über die Zusammensetzung des preußischen Staatsministeriums von November 1918 bis Januar 1919.	1005
II. Die Wirksamkeit des preußischen Revolutionskabinetts vom November 1918 bis zum Januar 1919.	1006
1. Das preußische Regierungsprogramm.	1006
2. Die ersten Regierungsmaßnahmen.	1007
III. Der Kampf um die Integrität der Verwaltung.	1008
1. Die Entscheidung für den Fortbestand des Beamtenkörpers.	1008
2. Die Arbeiter-und Soldatenräte und die preußische Beamtenschaft.	1009

Inhaltsverzeichnis

3. Die Räte-Anordnung vom 23. November 1918.1010
4. Die Verhaftung der Ruhrindustriellen durch die preußischen Arbeiter-und Soldatenräte.1011
IV. Das preußische Kabinett von Januar bis März 1919.1012
1. Der Bruch der sozialistischen Koalition in Preußen.1012
2. Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung (26. Januar 1919)1013
3. Das Koalitionskabinett vom 25. März 1919.1013
562. <i>Bayern unter der Regierung Eisner.</i>1014
I	
I. Der Umsturz in Bayern.1014
1. Die Münchener Revolution (778. November 1918).1014
2. Das bayerische Revolutionskabinett1017
3. Der Provisorische Nationalrat1019
4. Das Regierungsprogramm des Kabinetts Eisner vom 15. November 1918.1019
II. Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern wegen Eisners Aktenveröffentlichung.1020
1. Die Regierung Eisner und die deutsche Außenpolitik.1020
2. Eisners Aktenveröffentlichung zur Kriegsschuldfrage.1021
3. Die Abwehr der Reichsregierung gegenüber der bayerischen Treueverletzung1023
III. Die Regierung Eisner und die Reichsverfassungspolitik.1025
1. Eisner und der deutsche Föderalismus.1025
2. Eisners Kampf gegen die Wahl der Nationalversammlung.1026
3. Eisner und die deutsche Wehrpolitik.1027
IV. Die Regierung Eisner und die bayerische Innenpolitik.1028
1. Räteherrschaft oder Wahl einer Landesversammlung ?.1028
2. Die Entscheidung für die Wahl eines verfassungsgebenden Landtags1029
3. Die Tagungen des Provisorischen Nationalrats.1030
4. Der Kampf gegen Eisner.1030
5. Das Wahlergebnis vom 12. Januar 1919.1031
§ 63. <i>Revolution und Reorganisation in Sachsen und in Südwestdeutschland</i> . .	.1032
I. Sachsen.1032
1. Die Parlamentarisierung am Vorabend der Revolution.1032
2. Der Novemberumsturz in Sachsen.1033
3. Die Gegensätze zwischen den sozialistischen Parteien.1035

Inhaltsverzeichnis

4. Die sächsischen Wahlen vom 2. Februar 1919.1036
II. Württemberg1037
1. Die Parlamentarisierung des württembergischen Kabinetts.1037
2. Der Novemberumsturz in Württemberg1038
3. Die Umbildung der württembergischen Regierung zum bürgerlich-sozialistischen Koalitionskabinett1039
4. Das württembergische Programm der friedlichen Reform.1040
5. Die württembergische Reichspolitik im November/Dezember 19181041
6. Die württembergische Innenpolitik vom November 1918 bis zu den Januarunruhen 1919.1042
7. Die württembergischen Wahlen vom 12. Januar 1919.1043
III. Baden.1044
1. Der Novemberumsturz und das Koalitionskabinett Geiß.1044
2. Die badische Regierungspolitik im November/Dezember 1918.1047
3. Die badischen Wahlen vom 5. Januar 1919.1048
IV. Hessen.1048
1. Der Novemberumsturz und das Kabinett Ulrich.1048
2. Die hessischen Wahlen vom 26. Januar 1919.1050
§ 64. Die norddeutschen Mittel-und Kleinstaaten.1050
I. Mecklenburg.1051
1. Mecklenburg—Schwerin.1052
2. Mecklenburg—Strelitz1052
II. Oldenburg1053
III. Braunschweig.1053
IV. Die thüringischen Staaten1055
1. Sachsen—Weimar—Eisenach.1055
2. Sachsen—Altenburg1056
3. Sachsen—Meiningen1056
4. Sachsen—Coburg—Gotha1056
5. Schwarzburg—Rudolstadt und Schwarzburg—Sondershausen.1058
6. Reuß ältere und jüngere Linie.1058
V. Die norddeutschen Kleinstaaten.1059
1. Anhalt1059
2. Lippe und Schaumburg—Lippe1059
3. Waldeck.1060

Inhaltsverzeichnis

VI. Die deutschen Stadtstaaten1061
1. Hamburg1061
2. Bremen1061
3. Lübeck1062
Anhang zu Kapitel XII.	1063
<i>Übersicht über die deutschen Landeswahlen 1918/19.</i>1063
Tabelle der Wahlergebnisse.1065
Kapitel XIII. Die Weimarer Nationalversammlung und die vorläufige Reichs-Verfassung	1066
<i>§65. Die Wahl der deutschen Nationalversammlung.</i>1066
I. Der Wahlakt vom 19. Januar 1919.1066
1. Das Wahlsystem1067
2. Das Wahlergebnis.1068
3. Übersicht über das Wahlergebnis vom 19. Januar/2. Februar 19191069
II. Die Fraktionen der Nationalversammlung1069
1. Die Deutschnationale Volkspartei.1069
2. Die Deutsche Volkspartei1070
3. Das Zentrum.1071
4. Die Bayerische Volkspartei1072
5. Die Deutsche Demokratische Partei.1072
6. Die Sozialdemokratische Partei.1073
7. Die Unabhängigen Sozialisten.1075
<i>§ 66. Die Vorläufige Reichsverfassung und die Einsetzung der verfassungsmäßigen Reichsregierung.</i>1075
I. Die Machtübernahme durch die Nationalversammlung1075
1. Die Arbeiter-und Soldatenräte und die Nationalversammlung1075
2. Die Eröffnung der Nationalversammlung1076
II. Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt1077
1. Die verfassungsgebende Gewalt1078
2. Die gesetzgebende Gewalt1078
3. Das Amt des Reichspräsidenten.1080
4. Das Amt der Reichsregierung1080

Inhaltsverzeichnis

III. Die Konstituierung der obersten Reichsorgane.	1081
1. Die Wahl des Reichspräsidenten.	1081
2. Die Berufung der Reichsregierung.	1083
3. Übersicht über die Zusammensetzung des Reichskabinetts Scheidemann	1084
IV. Der Ausbau der Vorläufigen Reichsverfassung.	1085
1. Das Übergangsgesetz.	1085
2. Die Errichtung der vorläufigen Reichswehr.	1087
3. Die ersten Ermächtigungsgesetze der Republik	1087
V. Das Staatsschutzrecht unter der Vorläufigen Reichsverfassung	1089
1. Das Recht des militärischen Waffengebrauchs im Fall innerer Unruhen, insbesondere der Waffengebrauchs-Erlaß Noskes vom 20. Januar 1919	1089
2. Das Recht zur Verhängung des Belagerungszustands.	1091
 Kapitel XIV. Die Kämpfe der Republik	
um Einheit, Freiheit und inneren Frieden	1093
 § 67. Abwehrmaßnahmen des Reichs gegen Unruhen nördlich des Mains	1093
I. Der deutsche Radikalismus nach den Januarwahlen.	1093
1. Die Kampfansage der Großberliner Räteversammlung gegen Reichsregierung und Nationalversammlung.	1093
2. Die Kampfansage der KPD: „Alle Macht den Räten!“.	1094
II. Die inneren Kämpfe im Februar 1919.	1095
1. Die ersten Unruhen in Braunschweig.	1095
2. Der Sturz der Räteherrschaft in Bremen.	1096
3. Die Generalstreikbewegung im Ruhrgebiet	1097
III. Die Märzaufrstände 1919.	1099
1. Der Auf stand in Mitteldeutschland.....	1099
2. Der Märzaufrstand in Berlin.	1101
3. Der „Schießbefehl“ Noskes.	1104
IV. Das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 und der Zweite Rätekongreß	1104
1. Das Sozialisierungsgesetz und das Kohlenwirtschaftsgesetz	1104
2. Der Zweite Rätekongreß (8.-14. April 1919).	1105
V. Der Aufstand im Ruhrgebiet	1106
VI. Der April-Aufstand in Sachsen.	1108
VII. Der April-Aufstand in Braunschweig.	1109

Inhaltsverzeichnis

VIII. Die Wirren in Bremen und Hamburg (April-Juni 1919).	.1111
§ 68. <i>Die bayerische Räteregierung und ihr Sturz</i>	.1113
I. Bayern nach Eisners Ermordung	.1113
II. Die verschleierte Räteherrschaft	.1115
1. Das Kabinett Segitz	.1115
2. Das Kabinett Hoffmann	.1116
III. Die erste Räterepublik	.1118
1. Die Proklamation der ersten Räterepublik (7. April 1919).	.1118
2. Das Ministerium Hoffmann in Bamberg	.1119
3. Krise und Ende der ersten Räteregierung	.1120
IV. Die zweite Räterepublik	.1121
1. Die Proklamation der kommunistischen Räteherrschaft (13. April 1919)	.1121
2. Die Reichsintervention in Bayern	.1123
3. Der Zerfall der zweiten Räteregierung	.1124
4. Die Einnahme Münchens durch die Regierungstruppen	.1125
V. Die Rückkehr Bayerns auf den Boden der verfassungsmäßigen Ordnung	.1125
1. Die Wiedereinsetzung und Umbildung des Ministeriums Hoffmann	.1125
2. Die Aburteilung der Führer des Räte-Regimes	.1127
3. Bayern und das Reich nach dem Ende der Räteherrschaft	.1127
§ 69. <i>Die Abwehr des rheinischen Separatismus 1918/19</i>	.1128
I. Rheinische Absonderungsbestrebungen im November/Dezember 1918	.1128
1. Die ersten Pläne zur Errichtung einer Westdeutschen Republik	.1128
2. „Rheinisches Recht für Rheinisches Land!“	.1130
3. Der Widerstand gegen die „Los-von-Berlin“-Bewegung	.1132
4. Die Berliner Behörden und die Rheinland-Frage	.1133
5. Der Erste Rätekongreß und die Rheinland-Frage	.1134
II. Rheinische Absonderungsbestrebungen im Januar/Februar 1919	.1135
1. Der Kölner „Wirtschaftliche Ausschuß“ und die „Gruppe Dorten“	.1135
2. Die Kölner Konferenz (1. Februar 1919)	.1136
III. Die separatistischen Unternehmungen vom März bis Mai 1919	.1138
1. Die Kölner Aktivisten-Resolution vom 10. März 1919	.1138
2. Das Reichskabinett und die preußische Regierung in der Abwehr des rheinischen Separatismus	.1139

Inhaltsverzeichnis

3. Die Verbindung des rheinischen Separatismus mit der französischen Besatzungsmacht	1140
4. Die Abwehr der Rheinstaat-Bestrebungen durch Regierung und Parlament	1142
5. Die Sitzung des „Westdeutschen politischen Ausschusses“ (30. Mai 1919)	1142
IV. Die Rheinland-Frage im Juni/Juli 1919.	1143
1. Der Fehlschlag des Separatisten-Putsches in Wiesbaden (1. Juni 1919)	1143
2. Graf Brockdorff-Rantzau und die Rheinland-Frage.	1144
3. Die Rheinland-Frage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages	1145
 §70. <i>Der Kampf um die deutschen Ostgebiete 1918/19.</i>	1146
 I. Der polnische Aufstand.	1146
1. Die Einsetzung des „Polnischen Volksrats“ in Posen.	1146
2. Der Verlust des Hauptteils der Provinz Posen.	1148
 II. Die deutschen Abwehrmaßnahmen.	1149
1. Der Entschluß des Rats der Volksbeauftragten zur Verteidigung der Ostgebiete (273. Januar 1919).	1149
2. Der Einsatz des deutschen Grenzschatzes.	1150
 Kapitel XV. Friedensschluß und Verfassungswerk	1152
 §71. <i>Der Friedensvertrag von Versailles.</i>	1152
 I. Friedensvertrag und Reichsverfassung	1153
1. Das Recht des Besiegten auf nationale Existenz und autonome Verfassung.	1153
2. Friedensvertragliche Vorbedingungen der Weimarer Reichsverfassung	1153
 II. Die Entstehung des Friedensvertrags.	1155
1. Die Vorfriedenskonferenz.	1155
2. Die deutsche Friedensdelegation in Versailles.	1156
3. Die deutschen Proteste gegen den „Frieden ohne Verhandlungen“	1157
4. Das alliierte Friedens-Ultimatum vom 16. Juni 1919.	1158
 III. Ablehnen oder Annehmen?	1159
1. Die Stellungnahme der deutschen Friedensdelegation.	1159
2. Die Friedensfrage im Reichskabinett (18. Juni 1919).	1160
3. Die Truppenführerbesprechung vom 19. Juni 1919.	1162

Inhaltsverzeichnis

4. Die Sitzung des Staatenausschusses vom 19. Juni 1919.1163
5. Die Besprechung des preußischen Kabinetts mit den Zivil- und Militärbehörden des Ostens am 19. Juni 1919.1164
IV. Die Entscheidung für die Annahme des Friedensvertrags.1165
1. Der Rücktritt des Kabinetts Scheidemann (20. Juni 1919).1165
2. Der Plan der „Zwischen-Depesche“.1166
3. Die Bildung des Reichskabinetts Bauer (21. Juni 1919).1167
4. Übersicht über die Zusammensetzung des Reichskabinetts Bauer1168
V. Der Abschluß des Friedensvertrags.1169
1. Die bedingte Annahme des Friedensvertrags.1169
2. Die Zurückweisung des deutschen Vorbehalts.1170
3. Die Zustimmung der Nationalversammlung zur vorbehaltlosen Unterwerfung1171
4. Die Reichswehr nach der Annahme des Friedensvertrags.1172
5. Die Unterzeichnung und Ratifikation des Friedensvertrags und des Rheinland-Abkommens.1173
VI. Der Hauptinhalt des Friedensvertrags.1174
1. Gebietsbestimmungen.1174
2. Entwaffnungsbestimmungen.1175
3. Reparationen1176
4. Sanktionen.1176
5. Der Kriegsschuld-Artikel.1177
6. Der Auslieferungs-Artikel.1177
7. Die Annullierung der Ostfriedensverträge.1177
§72. Das Verfassungswerk von Weimar.1178
I. Die Vorarbeiten zur Reichsverfassung.1178
1. Die Vorbesprechung im Reichsamt des Innern.1178
2. Die ersten Entwürfe des Reichsamts des Innern.1179
a) Der Entwurf I.1179
b) Der Entwurf II.1181
II. Die Einwirkung der Einzelstaaten auf die Vorarbeiten zu Reichsverfassung.1181
1. Die vorbereitende Länderkommission.1181
2. Der Staatenausschuß.1182
3. Der revidierte Verfassungsentwurf („Entwurf III“).1183
4. Die Zustimmung des Staatenausschusses zum endgültigen Regierungsentwurf („Entwurf IV“).1184

Inhaltsverzeichnis

III. Die erste Lesung der Reichsverfassung in der Nationalversammlung	1184
1. Die Begründung des Regierungsentwurfs durch Reichsminister Preuß . . .	1184
2. Die Stellungnahme der Regierungsparteien	1185
3. Die Stellungnahme der Opposition	1187
4. Der Schluß der ersten Lesung	1189
IV. Die Verfassungsberatungen der Nationalversammlung	1190
1. Die Beratungen des Verfassungsausschusses	1190
2. Die zweite Lesung im Plenum („Entwurf V“)	1191
3. Die dritte Lesung im Plenum („Entwurf VI“)	1191
V. Die Hauptfragen des Staatsaufbaus und ihre Entscheidung	1192
1. „Reich“ oder „Republik“?	1192
2. Die Reichsfarben	1192
3. Der Reichspräsident	1192
4. Die Reichsregierung	1193
5. Der Reichstag	1193
6. Der Reichsrat	1194
7. Die Reichsgesetzgebung	1194
8. Reichsexekution und Diktaturgewalt	1194
9. Reichsverfassung und Militärgewalt	1195
10. Gerichtsverfassung und Rechtspflege	1195
11. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	1196
12. Die Neugliederung des Reichsgebiets	1196
VI. Der Ausbau des Grundrechts-Systems	1197
1. Grundrechte im „sozialen Volksstaat“	1197
2. Grundrechte und Rechtsstaat	1199
3. Grundrechte und Kulturstaat	1200
a) Der Weimarer staatskirchenrechtliche Kompromiß	1200
b) Der Weimarer Schulkompromiß	1201
4. Grundrechte, Wirtschaftsstaat und Sozialstaat	1202
a) Der Räte-Artikel	1202
b) Eigentumsgarantie, Sozialisierungskompetenz und Räteorganisation	1203
VII. Verabschiedung, Ausfertigung und Verkündung der Reichsverfassung	1204